

Positionspapier der Bundesschülerkonferenz in Brandenburg vom 23. – 25. September 2016

Der Politikunterricht von morgen - Traditionell und innovativ

„Politik muss bundesweit Pflichtschulfach in der Sekundarstufe I werden. Politische Bildung ist wichtig und wirkt der Politikverdrossenheit entgegen. Zudem ist die Stimme Jugendlicher essentiell für das aktuelle Politikgeschehen und sollte daher, eben durch Politik als Pflichtschulfach, gestärkt werden.“

- Aus dem Positionspapier der Bundesschülerkonferenz vom Mai 2016

Die BSK sieht in der Kompliziertheit der Politik einen zentralen Grund für die allgemeine Politikverdrossenheit der Schüler*innen und Jugendlichen. Die Art und Weise, wie Politik heutzutage publiziert wird, empfinden wir als jugendfern.

Von unserer Seite aus wird die Politikverdrossenheit noch einmal dadurch verstärkt, dass sich der politische Unterricht vorwiegend mit politischen Theorien (Strukturen, Historien und Ideologien) auseinandersetzt.

Aus diesem Grund setzen wir uns für einen spannenden und ansprechenden Politikunterricht ein, der sich auch mit aktuellen Ereignissen in schüler*innengerechter Art und Weise befasst. Dies wird unserer Meinung nach durch die Einbeziehung von zusätzlichen jugendfreundlichen Materialien, wie zum Beispiel dem Wahl-O-Mat erreicht.¹ Hierbei ist eine reflektierte Betrachtung der Materialien von Nöten, um den qualitativen Erhalt des Unterrichtes zu gewährleisten.

Zugleich ist die Schüler*innenschaft nicht über die Partizipationsmöglichkeiten, z.B. Rechte ihrer Vertretungen auf allen Ebenen ausreichend informiert.

Leider ist es auch keine Seltenheit, dass Lehrkräfte fachfremd unterrichten, was zur Folge hat, dass der Unterricht noch weiter qualitativ leidet.

Deswegen empfiehlt die BSK eine ständige Evaluation und Optimierung des Unterrichts im Fachbereich Politik in Form von Fortbildungen der Lehrkräfte und Aktualisierung der Curricula. Zugleich soll ein Fokus auf die Partizipationsmöglichkeiten und demokratische Erziehung der Schüler*innen gelegt werden.²

¹ Das Bundesland Schleswig-Holstein enthält sich.

² Das Bundesland Bremen fordert die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Gesellschaftsformen und Demokratie.

Die methodische Ausgestaltung wäre u.a. mittels Planspielen³ und Podiumsdiskussionen (auch mit politischen Parteien) von Seiten der BSK zu empfehlen.

Die Lehrer*innen sollen hierbei einen methodisch und didaktisch vielfältigen Unterricht gestalten, um die operatorischen und rhetorischen Kompetenzen der Schüler*innenschaft zu fördern und zu verbessern. Diese können auch mittels Durchführung von Diskussionen im Unterricht und Vorbereitung von Referaten seitens der Schüler*innen praktisch erlernt und verbessert werden.

Ein weiteres Problem, welches einem realitätsbezogenen Unterricht entgegensteht, ist, dass ein ständiger Austausch zwischen Schüler*innen und Politik von einzelnen Kultusministerien untersagt wird.⁴ Damit ein praxisorientierter Politikunterricht erteilt werden kann, sollen die für die Ressorts Bildung und Schule zuständigen Landesbehörden die notwendigen Impulse setzen, damit dieser Austausch auch juristisch legitimiert wird.

Machen statt Meckern – Möglichkeiten der politischen Partizipation für Schüler*innen

Demokratie kann nur erlernt werden, indem sie auch gelebt wird. Deshalb fordert die BSK eine flächendeckende Einführung eines drittel-paritätisch besetzten Schulparlamentes/ einer Schulkonferenz.^{5,6} Viele Bundesländer gehen hier schon mit gutem Beispiel voran, dennoch besteht in einigen Ländern Nachbesserungsbedarf.

Da Partizipation jedoch nicht nur in schulinternen Gremien erfolgt, sondern auch durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, spricht sich die BSK dafür aus, dass die Teilnahme an Demonstrationen zu bildungspolitischen Themen, sowohl inner- als auch außerhalb der Schulzeit keine Repressalien für die Schüler*innenschaft von Seiten der für Bildung und Schule zuständigen Behörden und Institutionen zur Folge haben darf.⁷

³ Das Bundesland Bremen spricht sich für Planspiele aus, solange diese eine reflektierte Auseinandersetzung mit politischen Themen möglich machen und nicht nur die Reproduktion zu den bisherigen Strukturen erfolgt.

⁴ Das Bundesland Hamburg enthält sich.

⁵ Das Bundesland Brandenburg enthält sich.

⁶ Das Bundesland Rheinland-Pfalz fordert weiterhin die Einführung einer basisdemokratisch-paritätisch besetzten Schulkonferenz.

⁷ Die Bundesländer Bayern und Hamburg enthalten sich.



Um die Teilhabe von jüngeren politikinteressierten Jugendlichen zu fördern, fordert die BSK die Herabsetzung des Mindestalters zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.^{8,9,10}

⁸ Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Berlin enthalten sich.

⁹ Das Bundesland Rheinland-Pfalz ist für die Abschaffung, sieht aber die Herabstufung als Schritt in die richtige Richtung.

¹⁰ Das Bundesland Bremen befürwortet eine weitere Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre.